

Gemeinsam oder einsam?
Einstellungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und der
militärischen Zusammenarbeit in der NATO

Markus Steinbrecher

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam

MarkusSteinbrecher@bundeswehr.org

Zeppelinstraße 127/128, D-14471 Potsdam

Beitrag für die Jahrestagung des DVPW-AK Wahlen und politische Einstellungen in Heidelberg am
12./13.11.2020.

Zusammenfassung:

Wie die politische Kultur stellt die strategische Kultur ein Aggregatkonzept auf der Basis grundlegender außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen dar, das zeitlich von sehr dauerhafter Natur ist und als Konsequenz der historischen Erfahrungen einer politischen Gemeinschaft interpretiert werden kann. Strategische Kultur wird definiert als Satz geteilter Überzeugungen, Normen und Ideen einer Gesellschaft, die spezifische Erwartungen über ihre Präferenzen und Handlungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik generieren. Die strategische Kultur Deutschlands wird durch drei Aspekte dominiert: 1) eine ausgeprägte Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Gewalt, 2) eine klare multilaterale Ausrichtung, die sowohl die Verankerung in der NATO als auch in der Europäischen Union (EU) einschließt und 3) eine Abwägung zwischen einer Anlehnung an die USA im Rahmen einer starken transatlantischen Partnerschaft und der besonderen Beziehung zu Frankreich als größtem und wichtigstem Nachbarland. Lange Zeit ist es Deutschland gut gelungen, transatlantische und europäische Tendenzen in seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszugleichen. Dies war auch möglich, weil die EU als Institution zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der Steigerung des Wohlstands und der Ermöglichung (ökonomischer) Freiheit galt, während die Gewährleistung kollektiver Sicherheit eindeutig eine Aufgabe der NATO war. Mit den Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands und Europas, weiteren Initiativen für verstärkte europäische Zusammenarbeit im Bereich von Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie der Destabilisierung der westlichen Werte- und Institutionenordnung durch US-Präsident Trump in den vergangenen Jahre steht dieses Arrangement vor umfassenden Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Beitrag, wie sich die Bürgerinnen und Bürger zur militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU und der NATO positionieren. In den Analysen werden Einstellungen in Deutschland betrachtet und die folgenden Fragestellungen untersucht: Wie stark variiert die Unterstützung für militärische Zusammenarbeit im Rahmen der EU und der NATO? Werden beide Arenen der internationalen Kooperation im Verteidigungsbereich als ergänzend oder als gegensätzlich wahrgenommen? Welche Faktoren können Unterschiede in der Unterstützung für die beiden sicherheitspolitischen Kooperationen erklären? Welche Rolle spielen insbesondere außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen sowie Sicherheitswahrnehmungen? Und sehen die Bürgerinnen und Bürger mehr europäische Zusammenarbeit als Weg zur Emanzipation von den USA? Für die Beantwortung dieser Fragen werden Daten der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) im Jahr 2019 verwendet.

Schlagwörter:

EU, NATO, Deutschland, Außenpolitik, Sicherheitspolitik, politische Einstellungen, öffentliche Meinung

1. Einleitung

Wie die politische Kultur für politische Einstellungen allgemein (z.B. Rattinger 2009: 247ff.; Westle/Gabriel 2009), stellt die strategische Kultur ein Aggregatkonzept auf der Basis grundlegender außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen dar, das zeitlich von sehr dauerhafter Natur ist (Lantis 2002: 109) und als Konsequenz der historischen Erfahrungen einer politischen Gemeinschaft interpretiert werden kann. Strategische Kultur wird in Anlehnung an Biehl, Giegerich und Jonas (2013b: 12) definiert als der Satz geteilter Überzeugungen, Normen und Ideen in einer Gesellschaft, die spezifische Erwartungen über ihre Präferenzen und Handlungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik generieren. Die Forschung hat lange Zeit vor allem Eliten als Träger der strategischen Kultur in den Blick genommen (z.B. Biehl et al. 2013a), betrachtet mittlerweile aber auch die Haltungen der Bevölkerung (z.B. Biehl et al. 2011; Endres 2018). Diesem Ansatz folgt auch dieser Beitrag.

Die strategische Kultur Deutschlands wird durch drei zentrale Aspekte dominiert: 1) eine ausgeprägte Zurückhaltung im Hinblick auf den Einsatz militärischer Gewalt, 2) eine klare multilaterale Ausrichtung, die sowohl die Verankerung in der NATO als auch die enge Kooperation mit den Partnern in der Europäischen Union (EU) einschließt und 3) eine Abwägung zwischen einer Anlehnung an die USA im Rahmen einer starken transatlantischen Partnerschaft und der besonderen Beziehung zu Frankreich als größtem und wichtigstem Nachbarland (z.B. Endres 2018: 47ff.; Junk/Daase 2013; Karp 2018).

Lange Zeit ist es Deutschland gut gelungen, transatlantische und europäische Tendenzen in seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszugleichen. Dies war auch möglich, weil die EU stets als Institution zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der Steigerung des Wohlstands und der Ermöglichung von (ökonomischer) Freiheit galt, während die Gewährleistung kollektiver Sicherheit eindeutig eine Aufgabe der NATO war. Zwar wurde die Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik mit dem Vertrag von Maastricht 1992 auch dem Kompetenzbereich der EU zugewiesen und das Institutionensystem und die Kooperation mit jeder neuen Vertragsrunde ausgebaut, doch erweist sich die EU weiterhin als kein besonders starker und einheitlich auftretender sicherheitspolitischer Akteur. Die Zusammenarbeit im Politikbereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird daher als relativ wenig effizient und wirksam wahrgenommen (vgl. Abschnitt 2.1).

Das vergleichsweise geringe Integrationsniveau in der EU ist einerseits überraschend, weil die Bürgerinnen und Bürger der meisten Länder eine intensivere Zusammenarbeit in diesem Politikfeld befürworten, hier also die wachsende Skepsis gegenüber der EU und ihren Institutionen wenig Nahrung zu finden scheint (z.B. Graf 2020a, 2020b; Steinbrecher 2017, 2018). Andererseits nehmen die Bedrohungen für die europäischen Länder zu, und die Sicherheitslage im deutschen und europäischen

Umfeld hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Als Stichwörter seien an dieser Stelle lediglich die Konflikte im Irak, in Syrien, in der Ukraine und in Libyen, die Arabellion, die Flüchtlingskrise und die generelle Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland genannt. Nach fast vier Jahren Amtszeit von US-Präsident Trump erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass sich die USA in und um Europa herum in geringerem Maße sicherheitspolitisch engagieren und den europäischen Ländern zwangsläufig eine größere Rolle bei der Gewährleistung der eigenen Sicherheit zukommt. Empirisch scheint es hier bisher allerdings einen deutlichen Gegensatz zwischen Rhetorik und Engagement der USA zu geben: Die USA haben zwar Truppenrückzüge aus Deutschland und Verlagerungen in die Heimat sowie in andere europäische Staaten angekündigt, aber de facto seit 2015 zwei Brigaden neu in Europa (und teilweise in Deutschland) stationiert. Der Brexit bringt zusätzliche Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich. Durch das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU ist zum einen eine große Lücke in den vorhandenen militärischen Fähigkeiten entstanden, zum anderen ist ein Mitgliedsstaat ausgetreten, der traditionell gegen eine weitere Integration und stärkere Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik war.

Diese großen Herausforderungen schlagen sich zum einen in der politischen Rhetorik nieder – erinnert sei beispielsweise an Angela Merkels Bierzeltrede in München im Mai 2017, in der sie sagte „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“ (z.B. Spiegel Online 2017). Zum anderen spiegeln sie sich wider in den Beschlüssen und Absichtserklärungen der Verteidigungsminister der EU-Staaten und der Staats- und Regierungschefs zu einer verstärkten sicherheitspolitischen und militärischen Kooperation (etwa SSZ (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, englisch: PESCO) und EI2 (Europäische Interventionsinitiative)) und höheren Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung. Auch wenn die Anstrengungen hin zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik institutionell und personell eng mit der Sicherheitsarchitektur der NATO verwoben sind, besteht die Möglichkeit, dass Eliten und Bevölkerung die Zusammenarbeit in beiden Institutionen nicht mehr als zwei Seiten derselben Medaille, sondern als Gegensätze wahrnehmen.

Dieser Beitrag untersucht daher, wie sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zur militärischen Zusammenarbeit im Rahmen von EU und NATO positionieren. In den Analysen werden die folgenden Fragestellungen untersucht: Wie stark variiert die Unterstützung für militärische Zusammenarbeit im Rahmen der EU und der NATO? Werden beide Arenen der internationalen Kooperation im Verteidigungsbereich als ergänzend oder als gegensätzlich wahrgenommen? Welche Faktoren können Unterschiede in der Unterstützung für die beiden sicherheitspolitischen Kooperationen erklären? Welche Rolle spielen insbesondere außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen sowie Sicherheitswahrnehmungen? Und sehen die Bürgerinnen und Bürger mehr europäische Zusammenarbeit als Weg zur Emanzipation von den USA? Für die Beantwortung dieser Fragen werden

Daten der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) aus dem Jahr 2019 verwendet.

Der Beitrag ist wie folgt strukturiert. Im zweiten Abschnitt gibt es eine kurze Darstellung des aktuellen Standes der militärischen und sicherheitspolitischen Kooperation im Rahmen von EU (2.1) und NATO (2.2). Hinzu kommt eine Zusammenfassung der zentralen Befunde der Forschung zur Erklärung von Einstellungen zur Militärzusammenarbeit in der EU und der NATO. Daraus werden dann die Erwartungen und Hypothesen für die empirischen Analysen abgeleitet (2.3). Der dritte Abschnitt präsentiert die Datenbasis und die Operationalisierung der für die Analysen relevanten Konstrukte und Variablen. Im vierten Abschnitt werden die Ergebnisse der empirischen Analysen interpretiert, bevor im fünften Abschnitt alle Ergebnisse zusammengefasst und im Hinblick auf Deutschlands weitere Positionierung und Handlungen im Rahmen von NATO und EU diskutiert werden.

2. Theorie

2.1 Stand und Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in der EU¹

Die militärische Zusammenarbeit (west-)europäischer Länder ist älter als die EU und geht auf den 1948 geschlossenen Brüsseler Pakt zurück, der nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 in die Westeuropäische Union (WEU) überführt wurde. Die 1952 von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Italien parallel zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründete EVG, die eine gemeinsame europäische Armee vorsah, scheiterte am Veto der französischen Nationalversammlung. Nach dem Beitritt Westdeutschlands zur NATO 1955 wurde die WEU für lange Zeit bedeutungslos, da die 1949 von den USA, Kanada und zehn west- und mitteleuropäischen Staaten gegründete NATO die entscheidende Organisation zur Gewährleistung kollektiver Sicherheit in Westeuropa wurde (vgl. Abschnitt 2.2). Ansätze zur Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG) gab es ab dem Gipfel von Den Haag 1969, allerdings nur außerhalb des Rahmens der europäischen Verträge. Auch die stärkere militärische Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich ab den 1980er Jahren, die 1989 in der Gründung der Deutsch-Französischen Brigade mündete, erfolgte außerhalb der EG.

1984 wurde die WEU wieder reaktiviert und durch den Vertrag von Maastricht 1992 mit Verteidigungsaufgaben für die EU betraut. Die Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene wurde Teil

¹ Für einen ausführlicheren Überblick der historischen Entwicklung hin zur gegenwärtigen GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) sei auf die Darstellungen bei Hix und Høyland (2011: 310ff.) sowie für die Zeit bis zu Beginn der 2000er Jahre insbesondere auf Salmon und Shepherd (2003) hingewiesen.

der intergouvernementalen zweiten Säule der EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Im Juni 1992 beschloss die WEU auf dem Petersberg bei Bonn die sogenannten Petersberg-Aufgaben, die in der Folge für die GSVP übernommen wurden. Dazu gehören humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen. 1993 entstand mit den Rahmennationen Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien und Luxemburg das Eurokorps, das allen Mitgliedsstaaten der EU offensteht und seitdem Kräfte für EU- und NATO-Missionen stellt bzw. führt. 1998 stießen Großbritannien und Frankreich die St. Malo-Verteidigungsinitiative mit dem Ziel der Schaffung einer operativen Verteidigungskapazität an. Der Plan, die WEU in die EU zu verschieben und zum europäischen Pfeiler der NATO zu machen, wurde in der Folgezeit allerdings nur zum Teil umgesetzt. Auf dem EU-Gipfel von Helsinki 1999 wurden weitreichende Ziele (sogenannte European Headline Goals) für die militärische Zusammenarbeit beschlossen, nämlich die Aufstellung einer EU-Eingreiftruppe bis 2003, die 50.000 bis 60.000 Soldaten umfassen und innerhalb von 60 Tagen verlegefähig sein sollte. Unter Rückgriff auf NATO-Ressourcen sollte eine Durchhaltefähigkeit für ein Jahr sowie die Erledigung der vollen Bandbreite der Petersberg-Aufgaben gewährleistet werden. Ein Einsatz sollte nur erfolgen, wenn die NATO entscheidet, in einen Konflikt nicht einzugreifen. Das ambitionierte Ziel einer Eingreiftruppe wurde nicht erreicht und daher 2004 durch das sogenannte Kampfgruppen (Battle Group)-Konzept ersetzt. Mit deren Einsatzfähigkeit ab 2005 hat die EU nun eigene Krisenreaktionskräfte und -fähigkeiten, die in zahlreichen Fällen genutzt worden sind, beispielsweise auf dem Balkan, im Kongo oder in Zentralafrika (Giegerich 2008).

Die Entwicklungen der letzten Jahre kann man als Revitalisierung des Verteidigungsaspekts der GSVP interpretieren, der sicherheitspolitische Aspekt tritt dagegen nach langer Dominanz etwas in den Hintergrund (Tardy 2018: 121). Mit dem Lissabon-Vertrag wurde 2007 die gegenseitige Beistandsklausel eingeführt, die zur gegenseitigen Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffs verpflichtet. Diese wurde erstmals von Frankreich nach den Terroranschlägen von Paris im November 2015 genutzt und so zahlreiche europäische Länder für den gemeinsamen Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat im Irak und in Syrien mobilisiert. Weitere Schritte hin zu einer Verstärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Säule der EU sind die Veröffentlichung der Globalen Strategie der EU (2016), die Einrichtung eines permanenten militärischen Hauptquartiers, die Begründung der SSZ und der EI2 sowie die Etablierung eines Europäischen Verteidigungsfonds (European Defence Fund (EDF)). Es bleibt aber abzuwarten, ob diese zahlreichen Planungen und Maßnahmen nicht dem Schicksal früherer Initiativen folgen und sich als wenig zielführend erweisen oder gar einschlafen.

Trotz der Entwicklungen und Initiativen der letzten Jahre lässt sich der aktuelle Stand der GSVP mit Nugent (2010: 377) folgendermaßen zusammenfassen – die Ausführungen von Tardy (2018) zeigen, dass sie auch aktuell noch weitestgehend zutreffen: Es erfolgt bei allen sicherheitspolitischen Aktivitäten der EU eine Begrenzung auf die Petersberg-Aufgaben, „traditionelle“ Verteidigung ist Aufgabe der

NATO bzw. der einzelnen Länder. Die EU handelt nur autonom, wenn die NATO nicht aktiv werden möchte. In diesem Politikbereich werden Entscheidungen in der EU immer noch nach dem Prinzip des Intergouvernementalismus gefällt, das heißt die nationalen Regierungen entscheiden selbst über eine Beteiligung und wie diese genau aussehen soll. Europäische Institutionen wie die Kommission oder das Parlament spielen keine Rolle. Weiterhin gibt es keine stehende europäische Armee. Die Kampfgruppen sind aber in dem Sinne europäisch, dass es eine eigenständige europäische Kommandokette gibt. Die Staaten haben in jeder Hinsicht stets die Verfügungsgewalt. Insgesamt ist die EU in diesem Politikbereich hochgradig auf Kooperation eingestellt: Sie ist offen für Beiträge von Nicht-EU-Mitgliedern und Nicht-NATO-Mitgliedern der EU. Die EU ist kein kohärenter und konsistenter sicherheitspolitischer Akteur mit einheitlicher Strategie, die auf gemeinsamen, geteilten Interessen und Werten beruht. Sie kann (und will?) das vorhandene sicherheitspolitische Potenzial nicht ausnutzen, das aus den zusammengerechnet zweithöchsten Verteidigungsausgaben der Welt nach den USA sowie den zusammengekommen größten Streitkräften der Welt erwächst, und dies obwohl Frankreich Nuklearmacht sowie ständiger Vertreter im VN-Sicherheitsrat ist.

Die Hindernisse für eine Nutzung des Potenzials und die Verwirklichung einer vollständig ausgebauten Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU sind vielfältig (Nugent 2010: 376ff.): Erstens bestehen eine Vielzahl anderer Verteidigungsbündnisse und -optionen, die zu unterschiedlichen Positionen zur GSVP führen. Während einige EU-Mitglieder neutral sind, ist die Mehrheit Teil der NATO und wünscht weiterhin eine enge militärische Zusammenarbeit mit den USA. Auch die OSZE und Ad hoc-Koalitionen wie beim Libyen-Einsatz 2011 spielen eine wichtige Rolle. Zweitens berühren Fragen von Sicherheit und Verteidigung zentrale Aspekte staatlicher Souveränität: Auch hierzu gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen, letztendlich ist aber kein Land zu einer vollständigen Aufgabe der Hoheit über das eigene Militär bereit. Drittens gibt es weitreichende Unterschiede im Hinblick auf Ziele und Mittel der GSVP: Es gibt keine EU-eigenen, sondern lediglich nationale Interessen. Besonders die großen Staaten handeln häufig auch alleine – wie zum Beispiel Frankreich mit der Operation Barkhane in der Sahel-Region ab August 2014 – oder entfalten anderweitige Aktivitäten außerhalb des EU-Rahmens – etwa im Normandie-Format mit Deutschland und Frankreich zur Lösung des Konflikts in der Ukraine. Sie zeigen zudem kein Interesse, ihre herausgehobene Position aufzugeben. Hinzu kommen spezielle Beziehungen einzelner Länder, etwa von Frankreich zu seinen ehemaligen Kolonien oder von Deutschland zu Israel. Meinungsunterschiede gibt es aber nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch auf der Elitenebene, so dass unterschiedliche Positionen zur NATO oder zum Verhältnis mit den USA vorliegen. Viertens weisen die EU-Mitglieder zwar insgesamt hohe Verteidigungsausgaben auf. Im Vergleich zur Wirtschaftsleistung sind diese aber gering, was zu massiven Problemen bei Ausrüstung, Material und Fähigkeiten führt – beispielsweise geben die EU-Mitglieder Italien, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Spanien, Belgien und Luxemburg jährlich (deutlich) weniger als 1,5 Prozent des BIP für Verteidigung aus (NATO 2020). Zudem ergibt sich aus fehlender Koordination auf verschiedenen Ebenen ein hohes Maß an Ineffizienz und Duplizierungen bei Kapazitäten und Fähigkeiten. Letztendlich

führt dies zu einer vielfältigen Abhängigkeit von der NATO (Giegerich 2012: 96ff.) und insbesondere den USA. Auch wegen dieser Verschränkungen ist ein separater Blick auf die NATO im nächsten Unterabschnitt sinnvoll.

2.2 Stand und Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in der NATO

Die NATO wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter Führung der USA als regionales Bündnis zur kollektiven Verteidigung gegen externe Aggression gegründet. Die Bundesrepublik Deutschland trat der Organisation am 6. Mai 1955 als 15. Mitgliedsstaat bei, also noch vor Aufstellung der Bundeswehr im Herbst desselben Jahres. Gemäß NATO-Vertrag verpflichten sich die Mitglieder – nach der Aufnahme Nordmazedoniens am 27. März 2020 sind es mittlerweile 30 – zum gegenseitigen Beistand im Fall eines Angriffs von außen. Rechtliche Grundlage dafür ist Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. In diesem ist allerdings keine automatische Pflicht zur gegenseitigen Verteidigung festgelegt. „Es bleibt vielmehr den einzelnen Mitgliedern überlassen, zu entscheiden, welche Maßnahmen ergriffen werden.“ (Giegerich 2012: 12). In der Geschichte des Bündnisses wurde dieser Artikel nur ein einziges Mal genutzt, nämlich nach den Anschlägen in den USA vom 11. September 2001.

Bis 1990 waren Auftrag und Aufgaben für die NATO durch die Konfrontation der beiden Militärböcke in Ost und West klar geregelt. Es galt für die NATO, gegenüber dem Warschauer Pakt und der Sowjetunion eine glaubwürdige Verteidigung des Bündnisgebiets zu gewährleisten und zu verhindern, dass der Kalte Krieg sich in einen heißen nuklearen Konflikt verwandeln konnte. Der Bundeswehr und der Bundesrepublik kam in Europa die Hauptlast bei einer potenziellen militärischen Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Pakt zu, denn die Frontlinie der beiden Blöcke verlief mitten durch das geteilte Deutschland. Dementsprechend waren die Bundeswehr und mit ihr die deutsche Politik auf die Landes- und Bündnisverteidigung eingestellt. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ost- und Mitteleuropa verlor die Atlantische Allianz den Gegner wie die zentrale Aufgabe. Mit einem großangelegten Angriff auf das NATO-Gebiet war in Europa nicht mehr zu rechnen. Folgen waren unter anderem eine deutliche Abrüstung („Friedensdividende“) und die schrittweise Aufnahme ehemaliger Mitglieder des Warschauer Paktes ab 1999. Motive für den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder waren vor allem der Schutz vor der Sowjetunion bzw. vor Russland, aber auch Sicherheitsgarantien durch die USA und die Ausbalancierung des durch die Wiedervereinigung erstarkten Deutschlands (Giegerich 2012: 47). Aus Sicht der NATO stand vor allem die Verhinderung eines Sicherheitsvakuum in Europa im Vordergrund, die militärischen Fähigkeiten der neuen Mitglieder waren und sind von untergeordneter Bedeutung als Motiv für die Aufnahme (Giegerich 2012: 52; Gräbner 2010: 135). Gerade bei den baltischen Ländern war klar, dass sie

besonderer Unterstützung der Verbündeten bedürfen, weil sie über keine eigene Luftwaffe verfügen und ihre Streitkräfte zahlenmäßig nicht in der Lage sind, das eigene Territorium bei einem groß angelegten Angriff von außen zu verteidigen.

Die NATO erwies sich seit 1990 als besonders anpassungsfähig und konzentrierte sich auf zahlreiche Partnerschaftsinitiativen (z.B. die „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) oder den Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)), internationales Krisenmanagement sowie damit verbundene Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets. Die Missionen im ehemaligen Jugoslawien, z.B. SFOR und KFOR oder ISAF und Resolute Support in Afghanistan sind nur einige Beispiele für Engagements im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement. Damit einher ging ein Abbau der Fähigkeiten der Streitkräfte, die für die Landes- und Bündnisverteidigung notwendig sind, denn es war nicht mehr das Führen eines großen Landkrieges gegen einen ähnlich hochgerüsteten Gegner gefragt. Es dominierten vielmehr asymmetrische Szenarien (wie in Afghanistan) oder die Wahrnehmung von Schutz- und Stabilisierungsaufgaben im Rahmen des „Comprehensive Approach“ (NATO 2010) mit anderen Akteuren in verschiedenen Einsatzgebieten.

Mit der Besetzung der Krim und dem Krieg in der Ost-Ukraine ab 2014 kehrten Landes- und Bündnisverteidigung auf die Agenda der NATO zurück. Die Gipfel in Warschau und Newport/Wales führten zu zahlreichen Beschlüssen, die den Willen der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses demonstrieren sollen, insbesondere die Partner an der Ostgrenze der Allianz gegen etwaige Aggressionen von außen zu verteidigen. Dazu gehören die vier NATO-Kampfgruppen im Rahmen der „Verstärkten Vornepräsenz“ (englisch: Enhanced Forward Presence) genauso wie die Luftraumüberwachung im Baltikum, die angestrebte Steigerung der Verteidigungsetats auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wie die Forderung nach einer Rückkehr zu den NATO-Kommandostrukturen des Kalten Kriegs (Der Spiegel 2017: 30-33) und die Aufstellung der Einsatzgruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft (VJTF: Very High Readiness Joint Task Force), die 2019 hauptsächlich von Deutschland bestückt wurde. Deutschland kommt schon alleine aufgrund seiner zentralen geografischen Lage eine besondere Rolle als Logistikkreuzung in der NATO zu: Transport-, Nachschub- und Verlegekapazitäten wie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sind von großer Relevanz, da weiterhin die Interpretation der NATO-Russland-Grundakte von 1997 gilt, dass eine dauerhafte substanzielle Stationierung von Kampftruppen in den NATO-Beitrittsstaaten Ost- und Mitteleuropas eine Verletzung dieses Abkommens darstellt. Die Truppen der Verstärkten Vornepräsenz und ihr Material müssen also ständig ausgetauscht werden. Zur Koordinierung der Logistik solcher großer Truppenverlegungen im Bündnisgebiet hat die NATO 2018 das Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm eingerichtet, das im Jahr 2021 funktionsfähig sein soll.

2.3 Erklärungsfaktoren und ihre Einflüsse auf Einstellungen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in EU und NATO

Die Darstellung des Standes und der Entwicklung der GSVP der EU und der NATO in den Abschnitten 2.1 und 2.2 zeigt mit den Verschränkungen und wechselseitigen Verbindungen eine große Komplexität des Themenfeldes, die es den Bürgerinnen und Bürgern einerseits schwer machen sollte, gut informierte Einstellungen in diesem Bereich zu entwickeln. Andererseits sollte diese Komplexität aber auch dazu führen, dass die Einstellungen aus einer Vielzahl von Quellen gespeist bzw. von zahlreichen Faktoren beeinflusst werden können. Der Blick auf die öffentliche Meinung zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in EU und NATO lohnt sich, da zahlreiche Studien zeigen, dass die öffentliche Meinung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen relativ stabil und recht gut informiert ist sowie rational auf Entscheidungen der Eliten reagiert (z.B. Isernia et al. 2002; Jacobs/Page 2005; Page/Shapiro 1983; Rattinger 1996). Hinzu kommt als weiteres Argument, dass Politiker und Parteien bei der Umsetzung politischer Maßnahmen und der Erreichung politischer Ziele auf die Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen sind.

Im Folgenden sollen Erklärungsfaktoren von Einstellungen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation im Rahmen der EU und der NATO und ihre erwartete Wirkungsweise vorgestellt werden. Hinzu kommt als dritte abhängige Variable der Analysen die Einstellung zur Abwägung zwischen EU und NATO als vorrangige Arenen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit. Es gibt nahezu keine quantitativ-empirische Literatur dazu, wie Einstellungen zur NATO oder die Präferenzordnung zwischen den beiden Institutionen erklärt werden können. Daher werden in den folgenden Absätzen vor allem die Forschung zur europäischen Integration und die dort verwendeten Determinantengruppen diskutiert. Ich gehe davon aus, dass die dargestellten Überlegungen auch auf den Forschungsgegenstand Einstellungen zur militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der NATO und die Differenzvariable zwischen EU und NATO angewendet werden können.

Für die Auswahl der Erklärungsfaktoren der Einstellungen zur militärischen Kooperation im Rahmen von EU und NATO kann auf mehrere Literaturstränge zurückgegriffen werden. Zuerst ist die umfassende Forschung zu europaspezifischen Einstellungen zu nennen, die utilitaristische, performanz- und identitätsbezogene Indikatoren verwendet (z.B. Gabel 1998; Hooghe/Marks 2005; Sanders et al. 2012; Schoen 2008). Weiterhin ist die Forschung zur Erklärung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen wichtig, insbesondere die Arbeiten, die sich mit den außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen beschäftigen (z.B. Hurwitz/Peffley 1987; Mader 2015; Rattinger 1996). Zudem wird mit dem politischen Interesse ein Erklärungsfaktor verwendet, der die kognitive Involvierung abdeckt. Und zuletzt sollten parteipolitische und ideologische Heuristiken eine Rolle spielen, aus denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Positionen zur militärischen und sicherheitspolitischen Integration und

Kooperation in EU und NATO ableiten können (z.B. Berinsky 2009; Mader/Fiebig 2015; Rattinger et al. 2016).

Utilitaristische Erklärungen beziehen sich im Sinne der Theorie rationaler Entscheidung (Downs 1957; Riker/Ordeshook 1968) auf Kosten und Nutzen der internationalen Integration und Kooperation für einzelne Bürgerinnen und Bürger (egozentrisch) oder das jeweilige Land (soziotropisch). Militärische und sicherheitspolitische Aspekte, z.B. die Vor- oder Nachteile der europäischen Integration und Kooperation für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit, werden in der Literatur nur selten berücksichtigt (Ausnahmen: Carrubba/Singh 2004; Schoen 2008) – in Bezug auf die NATO ist im Einklang mit den Ausführungen zu Beginn dieses Abschnitts vollständige Fehlanzeige zu vermelden. Angesichts des zentralen Motivs für die europäische Integration und die transatlantische Zusammenarbeit, zukünftige Kriege zu verhindern und den Frieden auf dem Kontinent dauerhaft aufrecht zu erhalten, ist dies überraschend.

Nutzen und Kosten der europäischen Integration und der Kooperation in der NATO für die nationale Sicherheit sollten vom Sicherheitsempfinden und entsprechenden Sicherheitsbewertungen der Bürgerinnen und Bürger abhängig sein. In Bezug auf das individuelle Sicherheitsempfinden ist zu erwarten, dass Personen, die sich unsicher fühlen, die Kooperation im Rahmen der GSVP und der NATO stärker unterstützen. Dies zeigt sich beispielsweise in den Untersuchungen von Schoen (2008). Die GSVP oder das Atlantische Bündnis werden also gemäß dieser Hypothese als Instrumente angesehen, um gemeinsam zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, potenzielle Bedrohungen fernzuhalten und für mehr Sicherheit zu sorgen. In den zusammenfassenden Analysen für mehrere europäische Staaten bei Steinbrecher (2018) zeigt sich dieser Effekt nicht, allerdings stammen die dort verwendeten Daten aus dem Jahr 2010, in dem es eine deutlich andere sicherheitspolitische Konstellation und Bedrohungs- bzw. Sicherheitslage gab. Sind diese Wahrnehmungen der Sicherheitslage recht abstrakt, so ist die Einstellung gegenüber Russland ein deutlich konkreter Erklärungsfaktor. Ist jemand kritisch gegenüber Russland eingestellt, sollte sich das in einer stärkeren Unterstützung für sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit in EU und NATO niederschlagen. Für die Differenzvariable ist aufgrund der größeren militärischen Schlagkraft und des einstigen Antagonismus zwischen Warschauer Pakt und Atlantischem Bündnis ein Einfluss zugunsten der NATO zu erwarten, wenn Russland negativer bewertet wird.

Als utilitaristische Erklärungsvariablen können auch die Positionen zu den Aufgaben aufgefasst werden, welche die Befragten der Bundeswehr zuweisen. Diese Determinanten wurden in der vorliegenden Literatur noch nicht genutzt, so dass die Erwartungen unabhängig von einem etwaigen Forschungsstand formuliert werden können. Es sind differenzielle Effekte für die vier Aufgaben-Variablen (Landesverteidigung, Bündnisverteidigung, Hilfseinsätze Ausland, Stabilisierungseinsätze Ausland) zu erwarten. Die Variable, die die Zustimmung zur Übernahme der Aufgabe Landesverteidigung durch die Bundeswehr misst, sollte sich positiv auf die beiden Einstellungen zur EU- und NATO-Kooperation

auswirken, weil Deutschland fest in beide Bündnisse eingebunden und auch bei der Verteidigung Deutschlands auf die Kooperation mit den Bündnispartnern angewiesen ist. Da zahlreiche Truppen verbündeter NATO-Staaten in (West-)Deutschland stationiert waren und teilweise noch sind, sollte sich eine Bejahung der Landesverteidigung als Aufgabe der Bundeswehr positiv auf die Einstellung zur NATO auswirken, wenn die Befragten – wie bei der Differenzvariable – eine Entscheidung zwischen beiden Kooperationen treffen müssen. Sieht jemand die Bündnisverteidigung als Aufgabe der Bundeswehr, sollte sich jemand sowohl eher für die Zusammenarbeit im Rahmen der EU als auch der NATO aussprechen. Für die Differenzvariable sollte es keinen statistisch signifikanten Effekt geben, da die Aufgabe Bündnisverteidigung im Rahmen beider Institutionen erfüllt werden kann und die Befragten keine Entscheidung zugunsten einer Institution treffen müssen. Ähnlich sollte es im Hinblick auf die Aufgabe Hilfseinsätze sein. Die Bundeswehr hat solche Einsätze sowohl im Rahmen der EU als auch der NATO durchgeführt, so dass für die Differenzvariable keine, für die beiden separaten Variablen wohl aber positive Effekte zu erwarten sind. Stabilisierungseinsätze wie in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo waren bisher vor allem Aufgaben, die gemeinsam mit Verbündeten im NATO-Kontext erledigt wurden. Zudem ist davon auszugehen, dass den Bürgerinnen und Bürgern wenigstens teilweise bekannt ist, dass die EU nur in begrenztem Maße die militärischen Mittel (und auch den politischen Willen) hat, um solche Missionen durchzuführen. Insofern sollte sich eine Bejahung der Erledigung von Stabilisierungseinsätzen positiv auf die Einstellung zur NATO, nicht aber auf die Einstellung zur EU-Zusammenarbeit auswirken. Auch für die Differenzvariable ist davon auszugehen, dass positive Einstellungen zur Aufgabe Stabilisierungseinsätze zu einer Entscheidung zugunsten der NATO führen.

Performanzbasierte Variablen sind eine zweite Determinantengruppe aus der Forschung zu europaspezifischen Einstellungen, die für die Analysen dieses Beitrags berücksichtigt wird. Die Grundannahme performanzbasierter Erklärungsansätze in der Forschung zu Einstellungen zur europäischen Integration ist, dass die Bewertung der Leistungen der europäischen Institutionen eine große Rolle für die allgemeine Unterstützung der europäischen Integration oder integrationsbezogener Maßnahmen spielt (z.B. Karp/Bowler 2006; Rohrschneider 2002). Als Indikatoren werden in der Regel Demokratiezufriedenheit oder Institutionenvertrauen verwendet. Zudem wird zwischen allgemeinen und bereichsspezifischen Indikatoren unterschieden. Häufig werden allerdings nur erstere verwendet. Konkrete Fragen zur Performanz von EU und NATO liegen in der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019 nicht vor. Als Indikator für diese Kategorie kann nur auf die Einstellung zur Bundeswehr zurückgegriffen werden, die eine zentrale Determinante spezifischer außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen ist, in die wenigstens zum Teil die Bewertung der Performanz der deutschen Streitkräfte einfließt (Biehl 2015, 2018). Hier lassen sich Hypothesen in zwei Richtungen denken. Einerseits könnte eine positive Bewertung der eigenen Streitkräfte in einer nationalen bzw. nationalistischen Ausprägung dazu führen, dass man sich gegen multinationale Kooperation generell positioniert. Andererseits könnte in Anbetracht der fortgeschrittenen militärischen Integration der deutschen Streitkräfte in NATO-, aber

auch EU-Strukturen eine solche positive Bewertung sogar förderlich für Einstellungen zu beiden sicherheitspolitischen Kooperationen sein. Müssen sich die Befragten entscheiden, ob sie Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischen Beitrag eher im Rahmen der EU oder der NATO sehen würden, sollte sich eine positive Bewertung der deutschen Streitkräfte eher in einer Präferenz für die NATO äußern, weil die Bürgerinnen und Bürger mit dem Zusammenwirken der Bundeswehr mit NATO-Verbündeten deutlich vertrauter sind und die Kooperation im Rahmen der EU immer noch neu sowie ständigen Veränderungen unterworfen ist. Empirische Ergebnisse für diesen Indikator liegen nur wenige vor: In Steinbrechers (2018) Mehr-Länder-Analysen zur Erklärung von Einstellungen zu GSVP und zur Europäischen Armee hat die Einstellung zu den jeweiligen nationalen Streitkräften keinen statistisch signifikanten Einfluss.

Identität und Identifikation mit der eigenen Nation bzw. Europa sind der letzte Strang aus der Forschung zu europaspezifischen Einstellungen, auf den an dieser Stelle eingegangen werden soll. Die Relevanz von Identifikationsprozessen mit Kollektiven als besonders wichtiger Teil der sozialen Identität ist in vielen Zusammenhängen belegt worden und gilt auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik (z.B. Herrmann et al. 2009; Mader/Pötzschke 2014; Sniderman et al. 2004). Identifikation bzw. Identität beeinflusst politische Wahrnehmungen, Einstellungen und politisches Verhalten. Für die Forschung zu europaspezifischen Einstellungen ist die Unterscheidung zwischen der Intensität der Identifikation und dem Inhalt der Identifikation von Bedeutung (Schoen 2008). Die Befunde sind eindeutig: Stärkere Identifikation mit Europa oder der EU führt zu pro-europäischen Einstellungen, während eine stärkere Identifikation mit dem eigenen Land sich in größerer Integrationskepsis niederschlägt. Dementsprechend sollten diejenigen, die sich mit Europa stärker verbunden fühlen, auf jeden Fall für eine stärkere sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU sein, während sich diese Form der Verbundenheit auf die Einstellung zur NATO nicht auswirken sollte. Für die Differenzvariable sollte sich eine stärkere Verbundenheit mit Europa zugunsten einer Präferenz für die Kooperation im EU-Rahmen auswirken. Die Verbundenheit mit Deutschland sollte eher negativ auf die Einstellungen zu EU und NATO wirken, weil eine generell stärkere Zurückhaltung im Hinblick auf multinationale Zusammenarbeit zu erwarten ist. Für die Differenzvariable wird kein statistisch signifikanter Einfluss angenommen.

Aus dem Bereich der Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen kommen die weiteren Prädiktoren, die in den Analysen verwendet werden. Dazu gehören die sogenannten außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen. Diese beziehen sich auf stetig wiederkehrende Themen und Probleme in den internationalen Beziehungen, nämlich das Ausmaß der internationalen Involvierung eines Landes, die Wahl der außen- und sicherheitspolitischen Mittel und die Kooperationsbereitschaft mit anderen Ländern. Daraus ergeben sich die drei Dimensionen Isolationismus vs. Internationalismus, Militarismus vs. Pazifismus und Multilateralismus vs. Unilateralismus. Isolationisten bevorzugen, dass sich ihr Land möglichst aus der internationalen Politik

heraushält, während Internationalisten eine aktive Beteiligung an der Lösung internationaler Probleme befürworten. Pazifisten lehnen militärische Gewalt als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik ab, während Militaristen den bewaffneten Einsatz der Streitkräfte als Teil des außenpolitischen Instrumentenkastens betrachten. Unilateral orientierte Personen sind skeptisch gegenüber der Kooperation mit anderen Ländern, während Multilateralisten internationale Probleme und Krisen bevorzugt in Zusammenarbeit mit anderen Nationen lösen möchten. In der Diskussion über die Zentralität politischer Einstellungen wird sogar angenommen, dass es sich beim Konzept des Atlantizismus, also der Haltung (in europäischen Ländern) zu den USA, um eine weitere, eigenständige Grundorientierung handelt (Asmus et al. 2005; Mader 2015, 2017).

Verschiedene Studien können zeigen, dass es sich bei den Grundorientierungen um zentrale Konstrukte in den Einstellungssystemen von Individuen handelt. Wegen der hierarchischen Struktur außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen (Hurwitz/Peffley 1987; Mader 2015; Rattinger 1996) werden spezifische Einstellungen von diesen Grundhaltungen abgeleitet (z.B. Mader 2017; Rattinger et al. 2016). Dies sollte auch für Einstellungen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in EU und NATO gelten. Folgende Effekte sind für die Grundorientierungen zu erwarten: Wegen der Abhängigkeit der NATO von den USA sollte eine freundlichere Haltung zu den Vereinigten Staaten auch positiv auf die Einstellung zur NATO wirken. Vor die Wahl gestellt, sich für die EU oder die NATO als verteidigungspolitische Kooperation zu entscheiden, sollten sich Atlantizisten für die NATO aussprechen. Für Multilateralismus und Internationalismus ist anzunehmen, dass Personen mit einer hohen Ausprägung auf diesen beiden Grundorientierungen eher die internationale Zusammenarbeit unabhängig vom institutionellen Rahmen befürworten, da sie grundsätzlich offen gegenüber Kooperation sind (entsprechende empirische Ergebnisse für EU-Integration: Mader 2015; Rattinger 1996; Steinbrecher 2018). Im Hinblick auf die Differenzvariable sollte es keine statistisch signifikanten Effekte geben, weil Multilateralisten und Internationalisten keine eindeutige Präferenzordnung für den Rahmen der Zusammenarbeit haben sollten. Da Personen mit einer stärkeren Präferenz für militärische Lösungen konservativere politische Einstellungen und Werteorientierungen haben sowie eine stärker verwurzelte nationale Identität aufweisen (z.B. Mader 2015; Mader/Pötzschke 2014; Pötzschke et al. 2012), sollte Militarismus dazu führen, eine stärkere Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Rahmen eher abzulehnen (z.B. Steinbrecher 2018). Im Gegensatz dazu sollten sich Militaristen im Hinblick auf die NATO positiv positionieren, weil die NATO ein deutlich glaubwürdigerer Rahmen kollektiver Verteidigung ist und robuste militärische Einsätze in der Regel in diesem Kontext stattfinden. Vor die Wahl zwischen EU und NATO gestellt, sollten sich Militaristen auf die Seite der NATO schlagen.

Kompetenzen und Involvierung stellen eine weitere Kategorie von Erklärungsfaktoren dar. Hier kann man davon ausgehen, dass ein höheres politisches Interesse zu einem höheren Informationsniveau im Politikfeld Sicherheits- und Verteidigungspolitik führt. Mehr Informationen sollten dazu beitragen, die

Notwendigkeit der deutschen Integration in Sicherheits- und Verteidigungsbündnisse besser zu verstehen und wegen des größeren Verständnisses für entsprechende Fragestellungen dieses auch eher zu befürworten. Dafür sprechen auch die positiven Einflüsse des politischen Interesses auf die Unterstützung der Bündnisverteidigung in der NATO (Steinbrecher et al. 2018b). Hinsichtlich der Differenzvariable sind keine Effekte für eine Präferenz zugunsten einer der beiden Verteidigungskooperationen zu erwarten.

Die Relevanz parteipolitischer Orientierungen für Einstellungen zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen ist vielfältig belegt (vgl. z.B. Jedinger/Mader 2015; Mader 2015; Mader/Fiebig 2015; Rattinger et al. 2016). So dienen den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere die Positionen der präferierten Partei als Heuristik zur Ableitung von Positionen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Leider liegen in den verwendeten Daten keine Informationen zur theoretisch wesentlich besser geeigneten Parteiidentifikation vor, so dass auf die Wahlabsicht zurückgegriffen werden muss. Vor allem Anhänger von SPD, Grünen und Linken zeigen sich in den bisherigen empirischen Analysen skeptischer gegenüber der NATO (Eichenberg 1989; Pew Research Center 2017a; Rattinger/Holst 1998; Rattinger et al. 2016; Sender 2008; Steinbrecher et al. 2018b), so dass für die folgenden Analysen davon auszugehen ist, dass sich Personen mit einer Wahlabsicht für diese Parteien kritischer zum deutschen Engagement im Atlantischen Bündnis äußern. Negativere Einstellungen zur NATO können aufgrund der eher russlandfreundlichen und amerikaskzeptischen Haltung der Partei auch von Anhängern der AfD erwartet werden. Hinsichtlich der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in der EU sind positive Effekte für Anhänger von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zu erwarten, weil diese Parteien sich eindeutig proeuropäisch positionieren. Wegen der Kritik von Die Linke und der AfD an der EU sind für Personen mit einer Wahlabsicht für diese Parteien negative Effekte zu erwarten. Für die Differenzvariable lassen sich keine eindeutigen Erwartungen formulieren.

Ideologische Orientierungen, in Deutschland basierend auf der Links-Rechts-Achse, sollten ebenfalls für die Positionierung zur verteidigungs- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in EU und NATO von Bedeutung sein. Die Begriffe Links, Mitte und Rechts sind dabei Teile einer politischen Metadimension, die Parteien, Politiker und Bürger verwenden, um politische Komplexität zu verringern (Inglehart/Klingemann 1976). Es kann davon ausgegangen werden, dass sich Personen, die sich politisch rechts verorten, eher positiv zur NATO und zu Fragen der Bündnisverteidigung stellen, während sie die EU eher ablehnen. Dies entspricht den Befunden von Eichenberg (1989) sowie des Pew Research Center (2017a). Keine Effekte von Ideologie können hingegen Endres (2018), Steinbrecher (2018) sowie Steinbrecher et al. (2018b) finden. Die soziodemographischen Variablen dienen lediglich als Kontrollvariablen, so dass für sie an dieser Stelle keine separaten Hypothesen und Erwartungen formuliert werden.

3. Daten und Operationalisierung

Für die Analysen dieses Beitrages werden die Daten der Bevölkerungsbefragung 2019 des ZMSBw verwendet. Die Studie wird jährlich im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt. Die Daten der Befragung wurden im Zeitraum vom 25. Mai bis 30. Juni 2019 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben. Befragt wurden 2.474 Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben. Die Befragten wurden in einem dreifach gestuften Zufallsprozess für die Umfrage rekrutiert. Um Verzerrungen der Stichprobe im Vergleich zur Grundgesamtheit im Hinblick auf Alter, Bildung, Geschlecht und Ortsgröße zu reduzieren, werden die Daten gewichtet.

Zentrale abhängige Variablen der Analysen sind zwei Fragen zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen von EU und NATO, die Teil einer längeren Fragebatterie waren und deren Reihenfolge zufällig variiert bzw. randomisiert wurde. Nach der Einleitung „Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen,“ wurden die folgenden beiden Fragen gestellt „Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren,“ und „Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in der NATO engagieren“. Beide Variablen wurden auf einen Wertebereich zwischen 0 (völlige Ablehnung) und 1 (völlige Zustimmung) umgeformt. Die dritte abhängige Variable ist die Differenz zwischen den beiden erwähnten Fragen. Damit soll die Abwägung zwischen den beiden Verteidigungskooperationen modelliert werden, auch wenn diese Variable aufgrund der Operationalisierung keine explizite Präferenzordnung durch die Befragten repräsentiert. Die Variable hat einen Wertebereich zwischen -1 und +1 und ist so kodiert, dass positive Werte eine Präferenz für die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit in der EU und negative Werte eine Präferenz für die NATO bedeuten. Tabelle 2 in Abschnitt 4. zeigt deskriptive Statistiken für alle drei Variablen. Dort erfolgt auch deren Interpretation, da das Ausmaß der Unterstützung für die beiden Kooperationen Teil der Fragestellungen dieses Beitrags ist. Tabelle 1 stellt die deskriptiven Statistiken für alle Variablen in den Analysen in Abschnitt 4. dar.

Tabelle 1: Deskriptive Statistiken für die unabhängigen Variablen

Variable	Mittelwert/Prozent	Standardabweichung	Minimum	Maximum
<i>Utilitarismus</i>				
Sicherheitsbewertung weltweit	0,42	0,23	0	1
Sicherheitsbewertung Deutschland	0,65	0,21	0	1
Sicherheitsbewertung persönlich	0,70	0,21	0	1
Kritische Einstellungen zu Russland	0,50	0,18	0	1
Aufgabe Bundeswehr: Landesverteidigung	0,89	0,20	0	1
Aufgabe Bundeswehr: Bündnisverteidigung	0,73	0,22	0	1

Aufgabe Bundeswehr: Hilfeinsätze Ausland	0,85	0,19	0	1
Aufgabe Bundeswehr: Stabilisierungseinsätze Ausland	0,68	0,22	0	1
<i>Performanz</i>				
Einstellung Bundeswehr	0,66	0,21	0	1
<i>Identität und Identifikation</i>				
Verbundenheit Deutschland	0,82	0,20	0	1
Verbundenheit Europa	0,63	0,24	0	1
<i>Grundorientierungen</i>				
Atlantizismus	0,52	0,24	0	1
Multilateralismus	0,77	0,22	0	1
Militarismus	0,37	0,30	0	1
Internationalismus	0,58	0,26	0	1
<i>Kompetenzen und Involvierung</i>				
Politisches Interesse	0,48	0,24	0	1
<i>Parteilpolitische Orientierungen</i>				
Links-Rechts-Selbsteinstufung	0,45	0,17	0	1
Wahlabsicht CDU/CSU	24,2 %	-	0	1
Wahlabsicht SPD	14,9 %	-	0	1
Wahlabsicht FDP	4,5 %	-	0	1
Wahlabsicht Grüne	17,8 %	-	0	1
Wahlabsicht Linke	6,8 %	-	0	1
Wahlabsicht AfD	7,7 %	-	0	1
<i>Soziodemographie</i>				
Frauen	51,0 %	-	0	1
Alter	48,48	18,43	16	99
Niedrige Bildung	31,9 %	-	0	1
Hohe Bildung	31,8 %	-	0	1
Niedriges Einkommen	25,3 %	-	0	1
Hohes Einkommen	16,0 %	-	0	1
Ostdeutschland	19,9 %	-	0	1
Migrationshintergrund	10,7 %	-	0	1
Bundeswehrerfahrung	16,1 %	-	0	1

Quelle: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Anmerkung: N variiert zwischen 2.247 und 2.474.

4. Analysen

Dieser Abschnitt zeigt und interpretiert die Ergebnisse der empirischen Analysen. Zu Beginn sollen die abhängigen Variablen der folgenden multivariaten Analysen genauer betrachtet werden, um Informationen darüber zu erhalten, wie sich die Bevölkerung in Deutschland gegenüber der sicherheitspolitischen und militärischen Zusammenarbeit im Rahmen von EU und NATO positioniert. Im Anschluss daran wird geprüft, welche Determinanten für die Erklärung von Einstellungen in diesem Themenfeld besonders relevant sind. Interessant sind vor allem die Analysen zu der Variable, welche die Differenz zwischen den Einstellungen zur EU- und NATO-Integration abbildet, weil hier die Erklärungsfaktoren herausgearbeitet werden, die für eine Entscheidung für die eine oder gegen die andere Form der militärischen Zusammenarbeit besonders wichtig sind.

Tabelle 2 stellt die Mittelwerte und Standardabweichungen für die drei Einstellungsvariablen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in EU und NATO in Deutschland dar. Die

Werte belegen, dass die Zustimmung zur militärischen Kooperation in EU (0,70) und NATO (0,68) relativ hoch ist und sich über alle Befragten hinweg nur in geringem, aber statistisch signifikantem Maße unterscheidet (Differenz 0,02, $p < 0,01$). Der Mittelwert für die Einstellung zur EU-Kooperation liegt also leicht über dem für die Zusammenarbeit in der NATO. Betrachtet man den Korrelationskoeffizienten nach Pearson, so liegt dieser bei 0,26 ($p < 0,001$). Es besteht also ein leichter bis mittlerer positiver Zusammenhang zwischen den Einstellungen zu beiden Arenen für Verteidigungskooperation. Unterstützt jemand die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation in der EU, so spricht er sich tendenziell auch für die Zusammenarbeit in der NATO aus. Für einen größeren Teil der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ist also die Mitarbeit in beiden Arenen Teil derselben Medaille. Allerdings hätte man auf Basis der starken multilateralistischen Orientierung in Deutschland eine noch stärkere Korrelation erwarten können, so dass es in den folgenden multivariaten Analysen gewinnbringend ist, die Differenzvariable der Einstellungen zur EU und NATO als abhängige Variable zu betrachten, um zu prüfen, welche Faktoren und Einstellungen zu einer Parteinahme für die eine oder die andere Verteidigungskooperation führen.

Tabelle 2: Deskriptive Statistiken der Einstellungen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in der EU und der NATO in Deutschland

Variable	Mittelwert	Standardabweichung
Vorrangig EU	0,70	0,23
Vorrangig NATO	0,68	0,24
Differenz EU-NATO	0,02	0,29

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Tabelle 3 präsentiert die Ergebnisse multivariater linearer Regressionsanalysen für die drei abhängigen Variablen. Im Modell, das die Einstellung zum vorrangigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagement mit den Staaten der EU erklären soll, sind Erklärungsfaktoren aus verschiedenen Determinantenkategorien relevant. Am erklärungsstärksten ist eine utilitaristische Variable: Befragte, die die Bündnisverteidigung als Aufgabe für die Bundeswehr befürworten, sind stärker für eine vorrangige sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU. Variiert man den Prädiktor zwischen Minimum und Maximum, erhöht sich die Zustimmung zur Kooperation mit den EU-Staaten um 0,18 Skalenpunkte. Unter den Aufgabenvariablen mit Bezug zur Bundeswehr spielt die Haltung zur Übernahme von Hilfeinsätzen im Ausland ebenfalls eine Rolle. Spricht sich jemand eher für diese Aufgabe aus, gibt es eine stärkere Präferenz für die Verteidigungszusammenarbeit in der EU. In Anbetracht dessen, dass dies das hauptsächliche Szenario für vergangene wie aktuelle Einsätze im Rahmen der EU, ist dieser Befund wenig überraschend. Unter den utilitaristischen Variablen sind auch die Sicherheitsbewertungen von Bedeutung: Personen, welche die weltweite Sicherheitslage schlechter oder die Sicherheitslage Deutschlands besser bewerten, sprechen sich stärker für mehr europäische Verteidigungszusammenarbeit aus. Zudem sind Anhänger der Kooperation im EU-Rahmen eher unter denjenigen zu finden, die Russland und die von ihm ausgehenden Gefährdungen positiver bzw.

optimistischer bewerten. Gemessen an den standardisierten Effektkoeffizienten ebenfalls besonders stark wirkt sich eine multilateralistische Grundhaltung aus: Multilateralisten bevorzugen gegenüber Unilateralisten eine Zusammenarbeit im EU-Kontext in deutlich stärkerem Maße –hier kommt es zu einer Verschiebung um 0,16 Skalenpunkte, wenn man den Prädiktor vom Minimal- zum Maximalwert verschiebt. Auch die anderen Grundorientierungen haben einen statistisch signifikanten Einfluss. Personen, die Gewalt als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen, sind eher für eine Kooperation im EU-Rahmen, genauso wie Personen mit eher internationalistischer Orientierung. Wenig überraschend ist, dass Personen, welche die transatlantischen Beziehungen zu den USA positiver bewerten, sich eher gegen ein vorrangiges deutsches Engagement in der EU aussprechen. Hypothesenkonform ist der Einfluss der Verbundenheit mit Europa. Fühlt ein Befragter sich stärker mit Europa verbunden, unterstützt er auch stärker die verteidigungspolitische Zusammenarbeit in den EU-Einrichtungen. Politisches Interesse, ideologische Orientierung, parteipolitische Überzeugungen und soziodemografische Eigenschaften sind hingegen ohne Bedeutung. Insgesamt können die in den Analysen berücksichtigten Einstellungen und Eigenschaften 23 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen erklären.

Genauso hoch ist die Erklärungskraft des Modells für die zweite abhängige Variable, die Präferenz für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands in der NATO. Hinsichtlich der Determinantenstruktur zeigen sich einige Übereinstimmungen zwischen beiden Modellen, aber auch einige deutliche Unterschiede. Sicherheitsbewertungen sind im Modell für die Einstellung zur Kooperation im NATO-Rahmen wie im vorangehenden Modell zur EU relevant. Allerdings wirkt sich hier lediglich die Bewertung der Sicherheitslage in Deutschland positiv auf die Haltung zur Zusammenarbeit in der NATO aus. Auch andere utilitaristische Überlegungen sind wichtig für die Einstellung zum Atlantischen Bündnis. Wie im vorangehenden Modell sind diejenigen, die der Bundeswehr die Aufgaben Bündnisverteidigung und Hilfeinsätze im Ausland zuweisen, in stärkerem Maße für die militärische Zusammenarbeit im NATO-Rahmen. Bei dieser abhängigen Variable kommt zudem ein Effekt der Bewertung der Aufgabe Landesverteidigung durch die Bundeswehr hinzu. Befragte, die dies positiver bewerten, sind eher für Kooperation im Atlantischen Bündnis. Es wirkt sich zudem die Bewertung Russlands aus: Steht jemand Russland kritischer gegenüber, ist er eher für ein größeres Engagement im Rahmen der NATO. In der vorangehenden Analyse war die Wirkung dieses Prädiktors genau umgekehrt. Bei den Grundorientierungen ergibt sich lediglich für Multilateralismus ein ähnliches Ergebnis für das EU- und das NATO-Modell: Multilateralisten befürworten nicht nur ein Engagement in der EU stärker, sondern auch in der NATO. Entgegengesetzt im Vergleich der Modelle sind die Einflüsse für Atlantizismus: Atlantizisten sind eher dafür, dass sich Deutschland stärker in der NATO einbringt. Militarismus und Internationalismus sind im Modell für die Haltungen zur NATO irrelevant. Weitere Unterschiede zwischen beiden Analysen sind hinsichtlich der Effekte von Verbundenheit mit verschiedenen geographischen Einheiten, parteipolitischer Orientierungen und soziodemographischer Eigenschaften zu verzeichnen. Anders als in den vorangehenden Analysen hat

die Verbundenheit mit Europa keinen Einfluss, wohl aber die Verbundenheit mit Deutschland. Befragte, die sich stärker mit Deutschland verbunden fühlen, sind für ein vorrangiges Engagement im Atlantischen Bündnis. Ostdeutsche sind hingegen eher gegen ein solches deutsches sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement als Bürger aus anderen Teilen Deutschlands. Der wesentliche Grund dafür ist sicherlich in der unterschiedlichen Sozialisation der Ostdeutschen mit der NATO zu sehen. Überraschenderweise haben Personen mit Wahlabsicht für SPD und FDP eine stärkere Präferenz für deutsche Aktivitäten in der NATO als Befragte ohne Parteipräferenz.

Das dritte Modell bezieht sich auf die Differenzvariable der beiden vorangehenden Einstellungen. Positive Koeffizienten repräsentieren eine Präferenz für die EU, negative Effekte eine Präferenz für die NATO als vorrangige Organisation für Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation. Unter den utilitaristischen Erklärungsfaktoren gibt es drei statistisch signifikante Effekte. Während Personen, welche die weltweite Sicherheitslage positiver bewerten, sich eher für ein vorrangiges deutsches Engagement in der NATO aussprechen, sind diejenigen, welche ihre eigene Sicherheitslage besser einschätzen, eher für deutsche Aktivitäten in der EU zu begeistern. Besonders deutlich wirken sich kritische Einstellungen zu Russland aus. Befragte, die Russland negativer bewerten, sind deutlich stärker für die Ausrichtung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf den NATO-Rahmen. Dies ist die zweitstärkste Determinante im Modell. Variiert man sie zwischen Minimum und Maximum, dann unterstützt ein Befragter das vorrangige Engagement Deutschlands in der NATO um 0,10 Skalenpunkte mehr. Die Wahrnehmung der Aufgabe Bündnisverteidigung hat keinen statistisch signifikanten Effekt auf die Differenzvariable. Angesichts der relativ starken positiven Einflüsse in den beiden vorangehenden Analysen ist dies nicht sonderlich überraschend: Bündnisverteidigung wird offensichtlich in beiden Verteidigungskooperationen verortet und führt nicht zu einer Präferenz für eine der Organisationen. Eine stärkere Verbundenheit mit Deutschland lässt die Befragten zugunsten der NATO Partei ergreifen. Für die Grundorientierungen ergibt sich lediglich ein statistisch signifikanter Effekt, dieser ist allerdings der stärkste im gesamten Modell: Atlantizisten neigen wenig überraschend eher der NATO zu als der EU. Für Multilateralismus zeigt sich kein statistisch signifikanter Effekt, d.h. Multilateralisten wägen nicht zwischen beiden Verteidigungskooperationen ab, sondern unterstützen beide gleichermaßen – erkennbar an den starken positiven Effekten in den beiden vorangehenden Modellen. Parteipolitische Orientierungen sind für die Abwägung ebenfalls von Bedeutung. Im Vergleich zu Anhängern ohne Parteipräferenz sind Befragte mit Wahlabsicht für SPD und AfD eher für die verteidigungspolitische Integration im Rahmen der NATO als in der EU. Unter den soziodemographischen Eigenschaften sticht die regionale Herkunft heraus. Ostdeutsche haben eine Präferenz für die EU. Insgesamt ist die Erklärungsleistung des Modells mit einem korrigierten R^2 von 0,05 deutlich geringer als für die beiden Einzelmodelle. Die Gründe dafür sind einerseits darin zu suchen, dass im verwendeten Datensatz möglicherweise nicht alle relevanten Erklärungsfaktoren enthalten sind. Andererseits ist die Integration in EU und NATO und die entsprechende sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation nur für einen Teil der Befragten ein

Gegensatz. Wo es keine Unterschiede in der Bewertung gibt, kann ein statistisches Modell auch keine Streuung erklären. Insofern sprechen die Ergebnisse dafür, dass die Deutschen weiterhin mit großer Mehrheit dafür sind, dass ihr Land sich sicherheitspolitisch sowohl in der NATO als auch in der EU engagiert.

Tabelle 3: Multivariate Analysen zur Erklärung von Einstellungen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in der EU und der NATO in Deutschland

	Vorrangig EU	Vorrangig NATO	Differenz EU-NATO
Konstante	0,22/-***	-0,06/-	0,27/-***
<i>Utilitarismus</i>			
Sicherheitsbewertung weltweit	-0,12/-0,13***	-0,01/-0,01	-0,11/-0,09**
Sicherheitsbewertung Deutschland	0,09/0,08**	0,11/0,10***	-0,02/-0,02
Sicherheitsbewertung persönlich	0,05/-0,05	-0,02/-0,02	0,08/0,06*
Kritische Einstellungen zu Russland	-0,11/-0,06**	0,13/0,06**	-0,24/-0,10***
Aufgabe Bundeswehr: Landes- verteidigung	0,04/0,03	0,06/0,05*	-0,02/-0,01
Aufgabe Bundeswehr Bündnis- verteidigung	0,19/0,18***	0,27/0,24***	-0,08/-0,06
Aufgabe Bundeswehr Hilfeinsätze Ausland	0,11/0,09***	0,08/0,07**	0,02/0,01
Aufgabe Bundeswehr Stabilisie- rungseinsätze Ausland	0,02/0,02	-0,02/-0,02	0,04/0,03
<i>Performanz</i>			
Einstellung Bundeswehr	0,01/0,01	0,04/0,04	-0,03/-0,03
<i>Identität und Identifikation</i>			
Verbundenheit Deutschland	0,00/0,00	0,10/0,09***	-0,10/-0,07**
Verbundenheit Europa	0,07/0,07**	0,02/0,02	0,05/0,04
<i>Grundorientierungen</i>			
Atlantizismus	-0,07/-0,05*	0,15/0,11***	-0,22/-0,13***
Multilateralismus	0,20/0,16***	0,16/0,13***	0,04/0,03
Militarismus	0,06/0,05*	0,02/0,02	0,03/0,02
Internationalismus	0,06/0,05*	0,01/0,01	0,05/0,04
<i>Kompetenzen und Involvierung</i>			
Politisches Interesse	0,04/0,04	0,05/0,04	0,00/0,00
<i>Parteilpolitische Orientierungen</i>			
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-0,02/-0,02	0,05/0,03	-0,06/-0,04
Wahlabsicht CDU/CSU	0,01/0,02	0,01/0,01	0,00/0,00
Wahlabsicht SPD	0,00/0,00	0,04/0,07**	-0,05/-0,06*
Wahlabsicht FDP	0,03/0,03	0,05/0,05*	-0,02/-0,01
Wahlabsicht Grüne	0,01/0,02	0,03/0,05	-0,01/-0,02
Wahlabsicht Linke	0,03/0,03	0,02/0,02	0,01/0,01
Wahlabsicht AfD	-0,03/-0,04	0,02/0,03	-0,06/-0,06*
<i>Soziodemographie</i>			
Frauen	0,01/0,02	-0,01/-0,01	0,01/0,02
Alter	0,00/-0,01	0,00/-0,02	0,00/0,01
Niedrige Bildung	0,01/0,02	0,02/0,03	-0,01/-0,01
Hohe Bildung	0,00/0,00	0,01/0,01	-0,01/-0,01
Niedriges Einkommen	0,00/0,00	-0,03/-0,05*	0,03/0,04
Hohes Einkommen	0,00/0,00	-0,01/-0,01	0,01/0,01
Ostdeutschland	0,02/0,03	-0,03/-0,05*	0,05/0,07**
Migrationshintergrund	-0,01/-0,01	0,00/0,01	-0,02/-0,02
Bundeswehrerfahrung	-0,03/-0,04	-0,03/-0,04	0,00/0,00
Korrigiertes R ²	0,23	0,23	0,05
N	2.146	2.139	2.134

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Anmerkungen: Multivariate lineare Regression: unstandardisierte/standardisierte Koeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *: p < 0,05; **: p < 0,01; ***: p < 0,001.

5. Zusammenfassung und Diskussion

Ziel dieses Beitrages war es zu untersuchen, wie sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zur militärischen Zusammenarbeit im Rahmen von EU und NATO positionieren und darzulegen, welche Faktoren die entsprechenden Einstellungen und Präferenzen erklären können. Die in der Einleitung aufgeworfenen Fragen lassen sich wie folgt beantworten: Hinsichtlich des Ausmaßes der Unterstützung für die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der EU oder der NATO zeigen sich lediglich geringfügige Unterschiede. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland unterstützen das sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement in beiden Arenen mit großer Mehrheit und haben eine leichte Tendenz, die EU gegenüber der NATO zu bevorzugen. Der mittelmäßige, positive Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen macht deutlich, dass die Mitarbeit in beiden Organisationen für einen größeren Teil der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ein Teil derselben Medaille ist: Unterstützt jemand die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation in der EU, so spricht er sich tendenziell auch für die Zusammenarbeit in der NATO aus. Auf Basis der starken multilateralistischen Orientierung in Deutschland hätte man allerdings eine noch stärkere Korrelation erwarten können. Dieser Befund belegt daher auch, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bürger zwischen beiden Institutionen differenziert und NATO und EU als voneinander abgegrenzte Arenen sicherheits- und verteidigungspolitischer Kooperation wahrnimmt, die (in ihren Augen möglicherweise) einen unterschiedlichen Zweck verfolgen. Für diese Einschätzung spricht auch, dass 64 Prozent der Befragten die NATO für das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten halten, auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten (Steinbrecher et al. 2018a: 32).

Hinsichtlich der Erklärungsfaktoren der Unterstützung eines sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagements Deutschlands in der NATO oder der EU zeigen sich Übereinstimmungen in Bezug auf die Effekte einiger utilitaristischer Erklärungsfaktoren sowie von Multilateralismus. Personen, die der Bundeswehr die Aufgaben Bündnisverteidigung und Hilfeinsätze im Ausland übertragen möchten, unterstützen das deutsche Engagement in beiden Organisationen. Dies gilt auch für Personen, die Deutschlands Sicherheitslage positiver beurteilen, ebenso wie für Personen mit starker multilateralistischer Präferenz. Für ausgeprägte Multilateralisten spielt also die Arena der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit Deutschlands keine Rolle.

Insgesamt überwiegen aber die Unterschiede in den Determinantenstrukturen – dies zeigt sich besonders im Modell für die Differenzvariable zwischen beiden Einstellungen. Personen, welche die weltweite Sicherheitslage negativer bewerten und kritischere Haltungen zu Russland haben, zeigen eine Präferenz für die NATO als Arena sicherheitspolitischer Kooperation. Dies spiegelt die Relevanz abstrakter und konkreter Sicherheitsbedrohungen wider. Zudem reflektiert dieser Befund die objektiv deutlich größere militärische Schlagkraft des Atlantischen Bündnisses im Vergleich zur EU. Dieses Ergebnis könnte auch

eine Folge der langjährigen Einbindung der deutschen Streitkräfte in die Nordatlantische Allianz sein – die Bürgerinnen und Bürger insbesondere in Westdeutschland sind mit der starken Präsenz von NATO-Truppen sowie der tiefen Integration der Bundeswehr in die NATO sozialisiert worden und haben diese scheinbar internalisiert. Für dieses Argument auf Basis der politischen Sozialisation würde auch die Neigung der Ostdeutschen hin zur EU als vorrangige Arena sicherheitspolitischer Kooperation sprechen.

Interessant sind die differenziellen Befunde für die Grundorientierungen. Personen, die sich für ein generelles internationales Engagement Deutschlands aussprechen, neigen eher zur EU, für die Einstellung zur NATO gibt es keinen Effekt. Dies spiegelt möglicherweise Vorbehalte gegenüber potenziell unbedachten Einsätzen und Interventionen wider, die (teilweise) im NATO-Rahmen unter US-amerikanischer Führung stattgefunden haben. Daher ist es auch wenig überraschend, wenn Befragte mit einer hohen Ausprägung bei Atlantizismus der NATO zuneigen und solche mit niedrigen Werten der EU. Angesichts der US-amerikanischen Dominanz im Atlantischen Bündnis ist es nachvollziehbar, dass sich Befragte mit pro-amerikanischen Haltungen eher für die NATO als Arena deutschen sicherheitspolitischen Engagements aussprechen. Der relativ große Koeffizient im Modell für die Differenzvariable zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger die europäische Zusammenarbeit im Augenblick als Möglichkeit sehen, sich sicherheits- und verteidigungspolitisch von den USA zu emanzipieren. Angesichts der Verschlechterung der Bewertung der USA seit 2016 in Deutschland (z.B. Pew Research Center 2017b: 15) und der Eintrübung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses auf Elitenebene könnte sich damit langfristig ein stärkerer Antagonismus zwischen den beiden Arenen sicherheitspolitischer Kooperation entwickeln.

Aufgrund der zahlreichen Ereignisse, die zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa und vielfältigen Veränderungen an der institutionellen Struktur von NATO und GSVP geführt haben, erscheint es sinnvoll, Datenerhebungen und Analysen zu den Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zum verteidigungs- und sicherheitspolitischen Engagement in den verschiedenen Arenen regelmäßig durchzuführen. Auch vergleichende Analysen zwischen den verschiedenen Ländern Europas scheinen in dieser Hinsicht von großem Interesse, genauso wie die Berücksichtigung weiterer Determinanten oder eine adäquatere Berücksichtigung und Operationalisierung einzelner Erklärungsfaktoren oder Gruppen von Variablen. Somit besteht ein großes Potenzial für weitere Forschung in diesem Politik- und Themenfeld.

Literatur

- Asmus, Ronald D./Everts, Philip P./Isernia, Pierangelo 2005. The Transatlantic Gap in Public Opinion. In: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.), Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag, 397–424.
- Berinsky, Adam J. 2009. In Time of War: Understanding American Public Opinion from World War II to Iraq. Chicago: University of Chicago Press.
- Biehl, Heiko 2015. Support Our Troops!? Unterstützung und Ablehnung von Streitkräften im europäischen Vergleich. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS, 237–262.
- Biehl, Heiko 2018. Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo, Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 72–94.
- Biehl, Heiko/Fiebig, Rüdiger/Giegerich, Bastian/Jacobs, Jörg/Jonas, Alexandra 2011. Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Forschungsbericht 96. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra (Hg.) 2013a. Strategic Cultures in Europe. Security and Defence Policies Across the Continent. Wiesbaden: Springer VS.
- Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra 2013b. Introduction. In: Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra (Hg.), Strategic Cultures in Europe. Security and Defence Policies Across the Continent. Wiesbaden: Springer VS, 7–17.
- Carrubba, Clifford J./Singh, Anand 2004. A Decision Theoretic Model of Public Opinion: Guns, Butter, and European Common Defense. In: American Journal of Political Science 48 (2), 218–231.
- Der Spiegel 2017. „Das Risiko ist erheblich“. Heft 43: 30–33.
- Downs, Anthony 1957. An Economic Theory of Democracy. New York: Harper.
- Eichenberg, Richard C. 1989. Public Opinion and National Security in Western Europe. Consensus Lost? Houndsmills: Macmillan.
- Endres, Fabian 2018. Öffentliche Meinung und strategische Kulturen. Außenpolitische Überzeugungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden: Springer VS.
- Gabel, Matthew 1998. Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories. In: Journal of Politics 60 (2), 333–354.
- Giegerich, Bastian 2008. European Military Crisis Management. Connecting ambition and reality. Adelphi Paper 397. London: The International Institute for Strategic Studies.
- Giegerich, Bastian 2012. Die NATO. Wiesbaden: SpringerVS.
- Gräbner, Justus 2010. On NATO's Post-Cold War Eastern Enlargement. In: Bebler, Anton (Hg.), NATO at 60: The Post-Cold War Enlargement and the Alliance's Future. Amsterdam: IOS Press, 135–137.

- Graf, Timo 2020a. Unity in the Face of Threat? Exploring the Empirical Relationship between Strategic Threat Perceptions and Public Support for a Common European Army in Germany. In: *European Security* 29 (1), 55–73.
- Graf, Timo 2020b. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verteidigungszusammenarbeit in der Europäischen Union. Forschungsbericht 123. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Herrmann, Richard K./Isernia, Pierangelo/Segatti, Paolo 2009. Attachment to the Nation and International Relations: Dimensions of Identity and Their Relationship to War and Peace. In: *Political Psychology* 30 (5), 721–754.
- Hix, Simon/Høyland, Bjørn 2011. *The Political System of the European Union*. 3. Auflage. Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary 2005. Calculation, Community and Cues. Public Opinion on European Integration. In: *European Union Politics* 6 (4), 419–443.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark 1987. How are foreign policy attitudes structured? A hierarchical model. In: *American Political Science Review* 81 (4), 1099–1120.
- Inglehart, Ronald/Klingemann, Hans-Dieter 1976. Party Identification, Ideological Preferences and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics. In: Budge, Ian/Crewe, Ivor/Farlie, Dennis (Hg.), *Party Identification and Beyond*. New York: Wiley, 243–273.
- Isernia, Pierangelo/Juhász, Zoltán/Rattinger, Hans 2002. Foreign policy and the rational public in comparative perspective. In: *Journal of Conflict Resolution* 46 (2), 201–224.
- Jacobs, Lawrence R./Page, Benjamin I. 2005. Who influences U.S. foreign policy? In: *American Political Science Review* 99 (1), 107–123.
- Jedinger, Alexander/Mader, Matthias 2015. Predispositions, Mission-Specific Beliefs, and Public Support for Military Missions: The Case of the German ISAF Mission in Afghanistan. In: *International Journal of Public Opinion Research* 27, 90–110.
- Junk, Julian/Daase, Christopher 2013. Germany. In: Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra (Hg.), *Strategic Cultures in Europe. Security and Defence Policies Across the Continent*. Wiesbaden: Springer VS, 139–152.
- Karp, Jeffrey A./Bowler, Shaun 2006. Broadening and deepening or broadening versus deepening: The question of enlargement and Europe's 'hesitant Europeans'. In: *European Journal of Political Research* 45 (3), 369–390.
- Karp, Regina 2018. Identity and anxiety: Germany's struggle to lead. In: *European Security* 27 (1), 58–81.
- Lantis, Jeffrey S. 2002. Strategic Culture and National Security Policy. In: *International Studies Review* 4 (3), 87–113.
- Mader, Matthias 2015. Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.), *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde*. Wiesbaden: Springer VS, 69–96.

Mader, Matthias 2017. Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung. Wiesbaden: Springer VS.

Mader, Matthias/Fiebig, Rüdiger 2015. Determinanten der Bevölkerungseinstellungen zum Afghanistaneinsatz. Prädispositionen, Erfolgswahrnehmungen und die moderierende Wirkung individueller Mediennutzung. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS, 97–121.

Mader, Matthias/Pötzschke, Jana 2014. National Identities and Mass Belief Systems on Foreign and Security Policy in Germany. In: German Politics 23 (1-2), 59–77.

NATO 2010. Lisbon Summit Declaration. Lissabon.
http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_68828.htm?selectedLocale=en <23.10.2017>.

NATO 2020. Defence Expenditure of NATO Countries (2013-2020). Communiqué PR/CP(2020) 104. Brüssel.

Nugent, Neill 2010. The Government and Politics of the European Union. 7. Auflage. Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan.

Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. 1983. Effects of public opinion on policy. In: American Political Science Review 77 (1), 175–190.

Pew Research Center 2017a. NATO's Image Improves on Both Sides of Atlantic. European faith in American military support largely unchanged. Washington, D.C.

Pew Research Center 2017b. U.S. Image Suffers as Publics Around World Question Trump's Leadership. America still wins praise for its people, culture and civil liberties. Washington, D.C.

Pötzschke, Jana/Rattinger, Hans/Schoen, Harald 2012. Persönlichkeit, Wertorientierungen und Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik in den Vereinigten Staaten. In: Politische Psychologie 2 (1), 4–29.

Rattinger, Hans 1996. Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik: Ein Kausalmodell. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3 (1), 45–78.

Rattinger, Hans 2009. Einführung in die Politische Soziologie. München: Oldenbourg.

Rattinger, Hans/Holst, Christian 1998. Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik. Bamberg.

Rattinger, Hans/Schoen, Harald/Endres, Fabian/Jungkunz, Sebastian/Mader, Matthias/Pötzschke, Jana 2016. Old Friends in Troubled Waters. Policy Principles, Elites, and U.S.-German Relations at the Citizen Level After the Cold War. Baden-Baden: Nomos.

Riker, William H./Ordeshook, Peter C. 1968. A Theory of the Calculus of Voting. In: American Political Science Review 62 (1), 753–766.

Rohrschneider, Robert 2002. The Democracy Deficit and Mass Support for an EU-wide Government. In: American Journal of Political Science 46 (2), 463–475.

Salmon, Trevor C./Shepherd, Alistair J.K. 2003. Toward a European Army. A Military Power in the Making? London: Lynne Rienner.

Sanders, David/Bellucci, Paolo/Tóka, Gábor/Torcal, Mariano 2012. Conceptualizing and Measuring European Citizenship and Engagement. In: Sanders, David/Bellucci, Paolo/Tóka, Gábor/Torcal, Mariano (Hg.), *The Europeanization of National Politics? Citizenship and Support in a Post-Enlargement Union*. Oxford et al.: Oxford University Press, 17–38.

Schoen, Harald 2008. Identity, Instrumental Self-Interest and Institutional Evaluations: Explaining Public Opinion on Common European Policies in Foreign Affairs and Defence. In: *European Union Politics* 9 (1), 5–29.

Sender, Wolfgang 2008. Bedeutung und Zukunft der NATO. In: Bulmahn, Thomas/Fiebig, Rüdiger/Sender, Wolfgang: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2006 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr*. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 59–69.

Sniderman, Paul M./Hagendoorn, Louk/Prior, Markus 2004. Predisposing Factors and Situational Triggers: Exclusionary Reactions to Immigrant Minorities. In: *American Political Science Review* 98 (1), 35–49.

Spiegel Online 2017. Merkel nach Gipfel mit Trump. „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück vorbei“ (28.05.2017). <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-zeigt-sich-nach-g7-gipfel-enttauscht-von-donald-trump-a-1149588.html>>, letzter Zugriff: 12.12.2018.

Steinbrecher, Markus 2017. Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia, *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2017*. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 36–62.

Steinbrecher, Markus 2018. Einigkeit macht stark! Erklärung von Einstellungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.), *Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger*. Wiesbaden: Springer VS, 217–252.

Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo 2018a. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2018. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.

Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia 2018b. Wachsamkeit als Preis von Sicherheit und Freiheit? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Bündnisverteidigung. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.), *Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger*. Wiesbaden: Springer VS, 177–216.

Tardy, Thierry 2018. Does European defence really matter? Fortunes and misfortunes of the Common Security and Defence Policy. In: *European Security* 27 (2), 119–137.

Westle, Bettina/Gabriel, Oscar W. (Hg.) 2009. *Politische Kultur. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos.

Anhang

Dokumentation von Fragewortlaut und Kodierung der Variablen in der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019:

Abhängige Variablen (Vorrangig EU/NATO, Differenz EU-NATO)

F10. Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. C: Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren. E: Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in der NATO engagieren. 1: Stimme völlig zu, 2: Stimme eher zu, 3: Teils/teils, 4: Lehne eher ab, 5: Lehne völlig ab, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort. Vorrangig EU/NATO: jeweils rekodiert auf Wertebereich von 0 (lehne völlig ab) bis 1 (stimme völlig zu).

Differenz EU-NATO: -1 (starke Präferenz für vorrangiges Engagement in der NATO) bis +1 (starke Präferenz für vorrangiges Engagement in der EU).

Sicherheitsbewertung weltweit

F1. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage weltweit? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala. Die weltweite Lage ist alles in allem... 1: Sehr sicher, 2: Eher sicher, 3: Teils/teils, 4: Eher unsicher, 5: Sehr unsicher, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Rekodiert auf Wertebereich von 0 (sehr unsicher) bis 1 (sehr sicher).

Sicherheitsbewertung Deutschland

F2. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala. Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist alles in allem... 1: Sehr sicher, 2: Eher sicher, 3: Teils/teils, 4: Eher unsicher, 5: Sehr unsicher, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Rekodiert auf Wertebereich von 0 (sehr unsicher) bis 1 (sehr sicher).

Sicherheitsbewertung persönlich

F3. Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala. Ich fühle mich persönlich... 1: Sehr sicher, 2: Eher sicher, 3: Teils/teils, 4: Eher unsicher, 5: Sehr unsicher, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Rekodiert auf Wertebereich von 0 (sehr unsicher) bis 1 (sehr sicher).

Kritische Einstellungen zu Russland

F12. Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Verhältnis zu Russland. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. A: Ich mache mir Sorgen, dass es zu einem neuen „Kalten Krieg“ zwischen Russland und dem Westen kommt. B: Deutschland sollte seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland einschränken. C: Deutschland sollte mehr Verständnis für die Position Russlands haben. D: Das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine bedroht die Sicherheit Deutschlands. F: Die NATO sollte ihre militärische Präsenz in Osteuropa verstärken. H: Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands ist eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands. 1: Stimme völlig zu, 2: Stimme eher zu, 3: Teils/teils, 4: Lehne eher ab, 5: Lehne völlig ab, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Alle Einzelitems wurden auf einen Wertebereich von 0 (keine kritische Einstellung zu Russland) bis 1 (kritische Einstellung zu Russland) rekodiert. Anschließend wurde über alle Fragen ein Mittelwertindex gebildet. Reliabilität Index: Cronbachs alpha= 0,70.

Aufgaben Bundeswehr

F33. Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die Bundeswehr zu oder lehnen Sie diese ab? Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden, A: um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren. B: zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands. C: um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen. D: um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird.

E: um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird. F: um einen Völkermord zu verhindern. G: um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern. H: um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten. I: um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren. J: um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen. K: um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren. (INT. bei Nachfrage: Krisenregion im Ausland) L: um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen. 1: Stimme völlig zu, 2: Stimme eher zu, 3: Teils/teils, 4: Lehne eher ab, 5: Lehne völlig ab, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Alle Einzelitems wurden auf einen Wertebereich von 0 (lehne völlig ab) bis 1 (stimme völlig zu) rekodiert. Anschließend wurden die folgenden Variablen bzw. Mittelwertindizes gebildet:

Aufgabe Bundeswehr Landesverteidigung: Item A.

Aufgabe Bundeswehr Bündnisverteidigung: Items D, E, J, Reliabilität Index: Cronbachs alpha= 0,83.

Aufgabe Bundeswehr Hilfeinsätze Ausland: Items H, I, Reliabilität Index: Cronbachs alpha= 0,68.

Aufgabe Bundeswehr Stabilisierungseinsätze Ausland: C, F, K, L, Reliabilität Index: Cronbachs alpha= 0,79.

Einstellung Bundeswehr

F16. Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr? Ist diese ... 1: Sehr positiv, 2: Positiv, 3: Eher positiv, 4: Eher negativ, 5: Negativ, 6: Sehr negativ, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Rekodiert auf Wertebereich von 0 (sehr negativ) bis 1 (sehr positiv).

Verbundenheit

F46. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit... C: Deutschland, E: Europa. 1: Sehr verbunden, 2: Eher verbunden, 3: Etwas verbunden, 4: Eher nicht verbunden, 5: Überhaupt nicht verbunden, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Beide Einzelitems wurden auf einen Wertebereich von 0 (überhaupt nicht verbunden) bis 1 (sehr verbunden) rekodiert.

Grundorientierungen Atlantizismus, Multilateralismus, Militarismus, Internationalismus

F8. Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. A: Unter bestimmten Bedingungen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen. C: Deutschland sollte eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen. E: Bei einer internationalen Krise sollten sich Deutschland und seine Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen. F: Für seine Sicherheit sollte Deutschland vor allem alleine sorgen. G: In außenpolitischen Fragen sollte Deutschland in Übereinstimmung mit den USA handeln. 1: Stimme völlig zu, 2: Stimme eher zu, 3: Teils/teils, 4: Lehne eher ab, 5: Lehne völlig ab, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Alle Einzelitems wurden auf einen Wertebereich von 0 (niedrige/negative Ausprägung der Grundorientierung) bis 1 (hohe/positive Ausprägung der Grundorientierung) rekodiert und dann Mittelwertindizes gebildet.

Atlantizismus: Item G, Multilateralismus: Item E, Militarismus: Items A, Internationalismus: Item C.

Politisches Interesse

F44. Wie stark interessieren Sie sich im Allgemeinen für Politik, ist das... 1: Sehr stark, 2: Eher stark, 3: Mittel, 4: Wenig, 5: Gar nicht, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Rekodiert auf Wertebereich von 0 (gar nicht interessiert) bis 1 (sehr stark interessiert).

Links-Rechts-Selbsteinstufung

F47. Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wo würden Sie sich auf einer Links-Rechts-Skala von 1 bis 7 einordnen, wenn 1 für „ganz links“ und 7 für „ganz rechts“ steht? INT: bei Antwort „in der Mitte“ die 4 eintragen. 1: Ganz links, 7: Ganz rechts, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Rekodiert auf Wertebereich von 0 (ganz links) bis 1 (ganz rechts).

Wahlabsicht

F48. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden sie dann wählen? 1: CDU/CSU, 2: SPD, 3: Bündnis 90/Die Grünen, 4: Die Linke, 5: FDP, 6: AfD (Alternative für Deutschland), 7: Piratenpartei, 8: Andere Partei und zwar: *OFFEN, 9: Keine Partei, würde nicht wählen gehen, 97: Nicht wahlberechtigt, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Es wurden dichotome Variablen für die Befragten mit Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke und AfD gebildet. Alle übrigen Befragten bilden jeweils die Referenzkategorie.

Frauen

S1. Geschlecht der Zielperson, 1: Männlich, 2: Weiblich, 3: Divers.

Wie folgt rekodiert 1: Frauen, 0: Männer. Es waren keine Befragten mit diversem Geschlecht in der Stichprobe enthalten.

Alter

S2. Bitte sagen Sie mir, wie alt Sie sind. __ (OFFEN)

Alter in Jahren.

Niedrige/hohe Bildung

S13. Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie? 1: Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss) oder Abschluss polytechnische Oberschule 8. oder 9. Klasse, 2: Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife oder Abschluss polytechnische Oberschule 10. Klasse, 3: Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule, 4: Abitur (INT.: allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife), 5: Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, 6: Einen anderen Schulabschluss und zwar: *OFFEN, 7: Noch Schüler, 97: keinen Abschluss, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Niedrige Bildung: 1: 1+97, 0: alle anderen; hohe Bildung: 1: 3-5, 0: alle anderen.

Niedriges/hohes Einkommen

S16. Haushalts-Nettoeinkommen. Wie hoch ist etwa das monatliche Netto-Einkommen, das Sie alle zusammen im Haushalt haben, nach Abzug von Steuern und der Sozialversicherung? Alle Einnahmequellen zusammen genommen: In welche der folgenden Netto-Einkommensgruppen fällt dann Ihr Haushalt? 1: unter 500 Euro, 2: 501 – 1.000 Euro, 3: 1.001 – 2.000 Euro, 4: 2.001 – 3.000 Euro, 5: 3.001 – 4.000 Euro, 6: 4.001 – 5.000 Euro, 7: 5.001 oder mehr, 99: Keine Antwort.

Niedriges Einkommen: 1: 1-3, 0: alle anderen; hohes Einkommen: 1: 6-7, 0: alle anderen.

Ostdeutschland

S17. Bundesland

1: Ost (Wohnort des Befragten in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin), 0: West (alle anderen Bundesländer).

Migrationshintergrund

S20-S24. Die Variablen wurden folgendermaßen rekodiert: 1: im Ausland geboren oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren (Ausnahme deutsche Ostgebiete), 0: alle anderen, d.h. in Deutschland geboren und kein Elternteil im Ausland geboren (Ausnahme deutsche Ostgebiete).

Bundeswehrerfahrung

S3. Welche der folgenden Aussagen treffen auf Sie zu? A: Ich selbst bin gerade bei der Bundeswehr. (INT.: Ziviler Angestellter (Beamter, Angestellter) oder Soldat (Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Freiwillig Wehrdienst Leistender)), B: Ich selbst war bei der Bundeswehr. (INT.: Ziviler Angestellter (Beamter, Angestellter) oder Soldat (Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Freiwillig Wehrdienst Leistender)), 1: Ja, 2: Nein, 98: Weiß nicht, 99: Keine Antwort.

Bundeswehrerfahrung: 1: S3A=1 oder S3B=1, 0: S3A=2 und S3B=2.